

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 28.04.2016, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:25 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Vorstellung der Mini-Job-Studie	042/2016 6
3.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	041/2016 7
4.	Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen im Kreis Warendorf	043/2016 8
5.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Bericht über die Verbraucherberatung im Kreis Warendorf	039/2016 9
6.	Kostenentwicklung in der Sozialhilfe	037/2016 10
7.	Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zu Zwangsverrentungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II	11

Anlagen

- Anlage 1 Zentrale Ergebnisse der Mini-Job-Studie
- Anlage 2 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen im Kreis Warendorf
- Anlage 4 Rat und Recht durch die Verbraucherzentrale NRW
- Anlage 5 Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 21.04.2016 zu Zwangsverrentungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Aydemir, Ergül	
Birkhahn, Astrid	
Blömker, Franz-Ludwig	
Geiger, Andrea	
Hein-Kötter, Dorothea	
Heringloh-Poll, Norbert	
Hövelmann, Volker	
Jacobi, Silvia	
Lehnert, Susanne Dr.	
Schindler, Ron	bis 12.20 Uhr
Stöppel, Gregor	
Strecker, Rita	
Strübbe, Robert	
Werning, Frederik	bis 11.55 Uhr
stellv. Ausschussmitglieder	
Blex, Christian Dr.	bis 12.20 Uhr
Claßen, Anne	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Mindermann, Ursula	bis 11.55 Uhr
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Hanewinkel, Martin	
Hückelhem, Wolfgang Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Middendorf, Anne	
Rehfeldt, Elke Dr.	
Schabhüser, Helmut	
Schlautmann, Elke	
Uhkötter, Richard	
Gäste	
Kreickmann, Daniela	
Schulze Wintzler, Anne	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Hermans, Pia
Hohmann de Palma, Ingrid
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 15.04.2016 form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Tagesordnung werde um die Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE erweitert.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Vorstellung der Mini-Job-Studie**042/2016**

Herr Hanewinkel berichtet, dass seitens der Regionalagentur eine Studie zu Struktur, Rahmenbedingungen und Hintergründen von Mini-Jobs in der Region Münsterland in Auftrag gegeben wurde. Die Fa. con_sens habe die Ergebnisse im November 2015 veröffentlicht.

Im Kreis Warendorf gebe es 1.800 Arbeitnehmer in einem Mini-Job, oftmals erhielten diese ergänzende Leistungen nach dem SGB II. Für die Studie seien die Motive von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfragt worden. Der Mini-Job sei vielfach Endstation, Ziel des Jobcenters sei es jedoch, dass die Arbeitnehmer eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen.

Herr Hanewinkel stellt die zentralen Ergebnisse der Studie vor (Anlage 1). Er weist darauf hin, dass die Studie nicht repräsentativ sei. Für eine „Beweisführung“ sei die Teilnehmerzahl zu gering.

An der folgenden Diskussion über den Bericht beteiligen sich Frau Birkhahn, Herr Bömker, Herr Werning, Frau Mindermann, Frau Strecker und Frau Schlautmann.

Frau Birkhahn weist darauf hin, dass der Arbeitsmarkt insbesondere für Frauen passgenaue Stellen bieten müsse, um eine Rückkehr ins Berufsleben zu ermöglichen. Es sei ein niederschwelliger Einstieg erforderlich, z. B. müsse die Kinderbetreuung gewährleistet sein. Aber auch für ältere Personen oder zum Berufsstart seien Mini-Jobs sinnvoll.

Herr Blömker sieht Bildung als wichtige Voraussetzung, um im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Daneben sei auch Eigeninitiative der Arbeitssuchenden erforderlich.

Frau Mindermann hält es für erforderlich, auf die Menschen zuzugehen und sie bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Viele Arbeitssuchende gingen nicht zum Jobcenter, sondern suchen in der Presse und im Internet nach Arbeitsstellen. Eine Möglichkeit wäre daher die Information von Müttern in Arztpraxen und Kindergärten.

3. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	041/2016
---	-----------------

Frau Klausmeier berichtet über

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- Entwicklung der Zahl der zugegangenen Flüchtlinge,
- Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Orten,
- Zugangsgründe im SGB II,
- Abgangsgründe aus Leistungsbezug SGB II,
- Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden und der Langzeitarbeitslosen,
- ausgewählte Kennzahlen,
- Kosten der Unterkunft,
- Ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- Bedarfsgemeinschaften im Asylbewerberleistungsbezug aus den Herkunftsländern Eritrea, Iran, Irak und Syrien,
- die Mittelsituation 2016 sowie
- das Arbeitsmarktprogramm zur Integration geflüchteter Menschen

(siehe Anlage 2).

Hinsichtlich der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im März 2016 weist Frau Klausmeier darauf hin, dass es sich hier um vorläufige Werte handele. Es sei zu erwarten, dass die Zahl noch um 150 bis 200 steige.

Die durchschnittliche Zahl betrug in 2014 8.169, in 2015 sei sie um 133 auf durchschnittlich 8.302 gestiegen.

In 2015 seien 384 Bedarfsgemeinschaften durch Flüchtlinge hinzugekommen, in 2016 bisher 122. Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ohne Flüchtlinge nicht gestiegen wäre. Insbesondere in Everswinkel und Wadersloh seien Flüchtlinge für die steigenden Zahlen verantwortlich.

Frau Klausmeier weist auf das Arbeitsmarktprogramm zur Integration geflüchteter Menschen hin, dass in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit erstellt wurde.

Auf Nachfrage von Frau Birkhahn, in welchen Bereichen Standards bei der beruflichen Qualifikation von Flüchtlingen gesenkt werden können, teilt Herr Hanewinkel mit, dass z. B. geringer qualifizierten Jugendlichen mehr Zeit gegeben werden soll. Die Standards in der Arbeitsausführung sollen nicht gesenkt werden.

Herr Blömker bittet darum, die Präsentation einen Tag vor der Sitzung zu erhalten. Herr Dr. Börger sagt dieses zu. Auf eine Tischvorlage soll nicht verzichtet werden.

4.	Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen im Kreis Warendorf	043/2016
-----------	---	-----------------

Frau Schlautmann, Beauftragte für Chancengleichheit, stellt die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen im Kreis Warendorf vor (Anlage 3).

Hinweis: Die fehlerhafte Prozentzahl auf Folie 7 wurde korrigiert.

An der folgenden Diskussion über den Bericht von Frau Schlautmann beteiligen sich Frau Mindermann, Frau Birkhahn, Herr Blömker und Herr Dr. Blex.

5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Bericht über die Verbraucherberatung im Kreis Warendorf**039/2016**

Frau Schulze Wintzler und Frau Kreickmann berichten über die Arbeit der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Ahlen / Kreis Warendorf (Anlage 4).

Sie berichten über die

- Zahl von Anfragen von Ratsuchenden und
- Veranstaltungen in Ahlen und im Kreis Warendorf

Bei den Durchblick-Veranstaltungen handele es sich um Informationen zur Schuldenprävention z. B. in Schulen, ergänzt Frau Kreickmann. Diese seien mit öffentlichen Mitteln finanziert.

Des Weiteren informieren sie über die Beratungsangebote zu den Themen

- Freizeit,
- Wohnen,
- Gesundheit,
- Finanzen,
- Medien und
- Energie.

Verschiedene Themenfelder werden an konkreten Beispielen erläutert.

An der folgenden Diskussion über den Bericht von Frau Schulze Wintzler und Frau Kreickmann beteiligen sich Frau Aydemir, Herr Blömker und Frau Mindermann. Die Nachfragen werden beantwortet.

Abschließend teilt Frau Schulze Wintzler mit, dass der Beratungsbedarf in Ahlen und im Kreishaus personell ausreichend abgedeckt sei durch die Verbraucherberatung. Ausbaufähig seien allerdings Veranstaltungen vor Ort.

Nicht alle Beratungen seien kostenlos, erläutert sie auf Nachfrage. Es fallen Kosten an z. B. für

- | | |
|---|------|
| - Rechtsberatung | 9 € |
| - Rechtsvertretung inkl. Rechtsberatung | 25 € |
| - Versicherungsberatung - ½ Stunde | 40 € |

Zur Nachfrage von Frau Mindermann hinsichtlich des Erfolgs der Beratungen erläutert Frau Schulze Wintzler, dass es hierzu zwar keine prozentualen Werte gebe, gleichwohl die Beratungen in der Mehrzahl als erfolgreich bezeichnet werden können.

Zum Bekanntheitsgrad der Verbraucherzentrale dürfte es bei den verschiedenen Bildungsschichten Unterschiede geben.

Herr Strübbe dankt Frau Schulze Wintzler und Frau Kreienbaum für ihren Bericht.

6. Kostenentwicklung in der Sozialhilfe**037/2016**

Frau Middendorf berichtet über die wesentlichen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen bzw. höchstrichterliche Rechtsprechung (sh. Vorlage), die ursächlich für die zu erwartenden Kostensteigerungen im Bereich der Sozialhilfe sind.

Zum Finanzausgleich Bund-Länder erkundigt sich Herr Blömker zur Möglichkeit einer vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) durch den Bund. Dieses würde eine wirksame Entlastung für die Kommunen bedeuten.

Herr Dr. Börger erinnert an ein Schreiben des Landrates zur Beteiligungsquote des Bundes an den KdU an die Bundestags- und Landtagsmitglieder des Kreises. Die Aussagen der Abgeordneten seien eher negativ und wenig konkret gewesen. Die Übernahme der KdU durch den Bund wäre eine gerechte Entlastung. Der aktuelle Referentenentwurf sehe jedoch keine wirkliche Entlastung der Kommunen vor, insbesondere wird es keine direkte Refinanzierung der Ausgaben für die Eingliederungshilfe geben.

Aufgrund der stetig steigenden Ausgaben sei eine Aufgabenkritik erforderlich. Allerdings sei es aufgrund der neuen gesetzlichen Verpflichtungen kaum möglich, gegen die aktuelle Entwicklung der Ausgaben „anzusparen“. Die Sozialpolitiker müssen sich der finanziellen Auswirkungen Ihres Handelns bewusst sein und das Ganze im Blick haben.

An der folgenden Diskussion beteiligen sich Herr Strübbe, Frau Birkhahn und Herr Stöppel.

7.	Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zu Zwangsverrentungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II	
-----------	--	--

Frau Jacobi begründet die Anfrage.

Herr Blömker bittet mit Hinweis auf die Geschäftsordnung die Anfrage auf die nächste Sitzung zu verschieben oder die Antwort schriftlich dem Protokoll beizufügen.

Herr Dr. Börger erklärt, dass die Fragen seitens des Jobcenters beantwortet wurden.

Frau Jacobi verliest die Fragen, Frau Klausmeier die Antworten. Sie sind dem Protokoll beigefügt (Anlage 5).

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.25 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer